



## Das Modell „Sozialer Friedensdienst“ in Dortmund

### *Die Anfänge des zivilen Ersatzdienstes*

Wenige Jahre nach der Gründung der Bundeswehr Mitte der fünfziger Jahre wurde der grundgesetzlich verankerte Ersatzdienst eingeführt. Nachdem 1960 der Bundestag ein „Gesetz über den zivilen Ersatzdienst“ verabschiedet hatte, konnten im März und April 1961 die ersten Ersatzdienstleistenden ihre Dienst beginnen.<sup>1</sup>

### *Zivildienst als Friedensdienst - erste Überlegungen*

Schnell kam es, parallel zur Diskussion um die Friedensfrage in der Evangelischen Kirche (vgl. Kap. 8.1), zu Überlegungen und Kontroversen um die Ausgestaltung des Ersatzdienstes. In der Kirche wurden Stimmen laut, den Ersatzdienst als spezifischen Friedensdienst zu gestalten und auszubauen. Erste Ansätze eines neu zu gestaltenden zivilen Ersatzdienstes zu einem „Friedensdienst“ wurden vor allem im

Umfeld der Kirchentagsbewegung formuliert. So unterstrich Klaus von Bismarck, der die entsprechende Arbeitsgruppe auf dem Kirchentag in Hannover 1967 zu leiten hatte, daß noch niemand richtig erkannt habe, daß der zivile Ersatzdienst eine Friedensfunktion erfülle. Der zivile Ersatzdienst könne auf längere Sicht seine Friedensfunktion nur dann erfüllen, wenn die sozialen Einsätze für diejenigen Männer sinnvoll eingerichtet sind und wenn internationale Dienstformen nicht auf Dauer ausgeschaltet bleiben.<sup>2</sup> Der Dortmunder Pfarrer Martin Schröter, der Vorsitzende der EAK, der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, ging noch weiter. Er erklärte den zivilen Ersatzdienst zum zukunftgestaltenden Dienst, grenzte ihn ganz vom militärischen Dienst ab und qualifiziert ihn so zum eigentlichen Friedensdienst: „Der Friedensdienst ohne Waffen will Dienst für morgen sein ... Wir kennen die Feinde von morgen: Hunger und wirtschaftliche Unterentwicklung, Intoleranz und Diskriminierung, Analphabetentum und Bevölkerungsexplosion. Gegen diese Feinde helfen keine Waffen ... Zweimal hat unser Jahrhundert eine Generalmobilmachung für den Weltkrieg erlebt. Die



Abb. 42: Friedensmarsch der Zivildienstleistenden in Dortmund



## „Sozialer Friedensdienst“

Mobilmachung für den Weltfrieden steht noch aus.<sup>43</sup>

Bereits 1962 hatte die EAK in ihren Leitsätzen ähnliche Überlegungen angestellt. Ausgehend von der 2. Barmer These wurden hier schon einige Grundelemente des später so benannten „Sozialen Friedensdienstes“ (SFD) vorweggenommen:

- Für die Kriegsdienstverweigerer ist Ersatzdienst Friedensdienst.

- Die äußere Form des Ersatzdienstes soll dem christlichen Verständnis des Friedensdienstes entsprechen.

- Die Kirche soll dafür sorgen, daß

a) der Einsatzdienst als Friedensdienst verstanden und geleistet werden kann;

b) Ersatzdienstleistende zusammen wohnen und arbeiten können;

c) die Ersatzdienstleistenden schon vor und während ihrer Dienstzeit zugerüstet und unterwiesen werden.<sup>4</sup>

Aber wie sollte dieser Friedensdienst konkret aussehen? Im März 1970 beschäftigte sich eine Tagung in der evangelischen Akademie Mülheim/Ruhr mit der Frage der Neugestaltung des Zivildienstes als Friedensdienst. Eingeladen ins Ruhrgebiet hatte die EAK Betroffene und Vertreter von Organisationen und Gruppierungen, die mittelbar oder unmittelbar mit den Fragen des zivilen Ersatzdienstes beschäftigt waren. Das Ergebnis war ein mit großer Mehrheit angenommener Vorschlag, der das „Wesen des zukünftigen Alternativdienstes“ umreißen sollte: „Der Staat hat die Verpflichtung ... (Kriegsdienstverweigerern) einen Beitrag zur Friedensförderung zu ermöglichen. Ein alternativer Dienst ... (muß) als Friedensdienst im Gegensatz zur Vorbereitung auf kriegerische Auseinandersetzungen gestaltet werden. Deshalb ist die bisherige gesetzliche Definition: ‚Aufgaben, die dem Allgemeinwohl dienen‘ unzureichend. Der zivile Friedensdienst muß vielmehr Aggressionen der Menschen im individuellen, gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Bereich aufdecken, bewußt machen und im Rahmen seiner Möglichkeiten der Einübung von friedlichen Konfliktlösungen auf rationeller Basis dienen.“<sup>5</sup>

Obwohl die Rahmenbedingungen des Mülheimer Modells ausdrücklich keine der beteiligten Organisationen auf ein verbindliches Konzept festlegen wollten, entstanden in der Folgezeit erste Modelle des SFD, die sich explizit auf die Mülheimer Überlegungen stützten.

## *Anfänge des Sozialen Friedensdienstes (SFD) in Dortmund*

Motiviert durch neue Überlegungen, die zuletzt in den EKD-Thesen „Der Friedensdienst der Christen“ und den Vorschlägen des „Mülheimer Modells“ einen aktuellen Ausdruck gefunden hatten, den Ersatzdienst zu einem echten Friedensdienst umzugestalten und ihm einen institutionellen Rahmen im Raum der Kirche zu geben und wohl auch wegen der rapide steigenden Zahl der benötigten Plätze für Zivildienstleistende, entschlossen sich die Vereinigten Kirchenkreise, in Dortmund ein Modell „Sozialer Friedensdienst“ zu schaffen. So lud das Diakonische Werk Dortmund im Jahre 1969 Vertreter des Jugendamtes, der Stadt Dortmund und des Caritas-Verbandes ein, das sogenannte neue „große Dortmunder Modell“ zu diskutieren, das gemeinsame Voraussetzungen dafür schaffen sollte, daß Kriegsdienstverweigerer aus der „Negation der Verweigerung - zur Position - zum Friedensdienst - kommen könnten.“<sup>6</sup> Ziel war, einen sozialen Friedensdienst unter einem Trägerverbund der oben genannten Träger einzufahren. Einsatz und Einweisung in die einzelnen Stellen sollte zentral von einem neu zu gründenden Verein erfolgen. Als man im Zuge der Entwicklung von der Phase der allgemeinen Erwägungen zur konkreten Realisierung schreiten wollte, scherte das Jugendamt aus dem Kreis der Interessenten aus.

Als die Vertreter des Diakonischen Werkes dann bei der Diskussion über den ersten Satzungsentwurf auf der Mitsprache der Zivildienstleistenden in den zu schaffenden Gremien bestanden, zog sich auch der Caritas-Verband zurück. So blieb dem Diakonischen Werk bzw. den Vereinigten Kirchenkreisen nichts anderes übrig, als im Alleingang auf eine „kleine Lösung“ des „Dortmunder Modells“ zuzugehen. Zivildienstleistende sollten unabhängig von den anderen Verbänden im Bereich der Kirche und ihrer Gemeinden eingestellt werden und dort einen alternativen sozialen Friedensdienst - keinen Ersatzdienst - leisten können. Die grundsätzliche Idee des einen Trägers für alle Zivildienststellen sollte beibehalten werden: Gegenüber dem Bundesverwaltungsamt sollte allein das Diakonische Werk als Träger und Ansprechpartner auftreten, dem pauschal eine Anzahl von Zivildienstplätzen zugewiesen werden sollte. Um der Realisierung des „kleinen“ Dortmunder Modells näher zu kommen, wurde eine Arbeitsgruppe „Sozialer Friedensdienst“ ins Leben gerufen.



Träger für alle Einsatzstellen und Verbindungsstelle zum Bundesamt für den Zivildienst wurde das Diakonische Werk. Um zu gewährleisten, daß der Zivildienst „als konstruktiver Friedensdienst verstanden wird“ und um eine sinnvolle Einführung, Begleitung, Beratung und Weiterbildung der Zivildienstleistenden zu ermöglichen, wurde ein Beauftragter bestellt und ein Fachausschuß „Sozialer Friedensdienst“ gebildet; erster Beauftragter war Pfarrer Dietrich von Bodelschwingh.

### *Die Arbeit des SFD kann beginnen*

Nachdem am 3.12.1971 der engere Vorstand und der geschäftsführende Ausschuß der Vereinigten Kreissynodalvorstände dem Konzept zustimmten, konnte die Arbeit des SFD in Dortmund mit 8 Zivildienstleistenden am 1. 1. 1972 beginnen.

Im August 1974 waren dann bereits 57 Zivildienstleistende im Einsatz. Davon waren 41 Zivildienstleistende in Gemeinden eingesetzt, um „... den vom Evangelium gebotenen Friedensauftrag der Gemeinden zu beleben oder zumindest Zeichen dafür zu setzen“. (D.von Bodelschwingh 1974).

Sie arbeiteten dort vornehmlich in der Kinderarbeit (Kindergärten, Schulaufgabenbetreuung usw.), in der Jugendarbeit, in der Alten- und Behindertenhilfe (Altentagesstätten, Ausfahrten von Körperbehinderten, Essen auf Rädern, Besuchsdienst, Hausbetreuung usw.) und in der sozialen Brennpunktarbeit in Do-Sölde (Maiglöckchenweg) oder Do-Lütgendortmund (Grevendiecksfeld). Bereits im März 1972 berichtete von Bodelschwingh in einem Brief an Pastorinnen und Pastoren der Kirchengemeinden Dortmund/Lünen von durchweg positiven Erfahrungen mit Zivildienstleistenden in den Dortmunder Kirchengemeinden Hörde, Wambel und Brakel und bat die Kollegen/innen festzustellen, ob sie nicht auch in ihrer Gemeinde für ZDL Einsatzmöglichkeiten sehen. Daß der Einsatz von Zivildienstleistenden in Gemeinden sich nicht in jedem Fall konfliktfrei gestaltete, zeigt eine Grundsatzdiskussion auf einer Sitzung des Ausschusses „Sozialer Friedensdienst“. Hier wurden bereits einige Kritikpunkte am Dortmunder Modell laut:<sup>7</sup>

- nach wie vor wird der ZDL als billige Arbeitskraft angesehen;
- nur von wenigen in der Gemeinde wird der Zivildienst als Friedensdienst verstanden;
- der ZDL bringt keine Ausbildung mit, was zu man-

chen Schwierigkeiten führt;

- die ZDL werden mit dem Friedensanspruch überfordert;
- der ZDL ist „Nonkonformist“, die Gemeinde meist konservativ.

### *Selbstverwaltung und Soziales Lernen*

Da sozialer Friedensdienst sich nur im gemeinsamen Handeln entwickeln kann, wurde von Anfang an die Gruppenbildung und die Möglichkeiten zu friedenspolitischen Aktivitäten besonders gefördert.

So stand der Freitagmorgen vorrangig für verschiedene Aktivitäten zur Verfügung und war deshalb von der Dienststelle freizuhalten, sofern die Veranstaltung im Monatsplan festgehalten war. Hier wurden u.a. Informationen und Erfahrungen ausgetauscht, Probleme mit den Dienststellen diskutiert und auch friedenspolitische Themenschwerpunkte wie Gewaltdarstellung auf Videos, Nicaragua u.a. bearbeitet. Auf den monatlich stattfindenden Vollversammlungen wurden ein Sprecherrat und die Vertreter für den Ausschuß „Sozialer Friedensdienst“ gewählt sowie alle wichtigen Fragen besprochen. Im ersten Halbjahr des Dienstes fand jeweils im Haus Villigst ein dreiwöchiger Einführungskurs statt (erstmalig im Oktober 1972), dessen Inhalte und Themen die Teilnehmer selbst bestimmen konnten. Federführend für diese Kurse waren Pfarrer Wolfgang Belitz vom Sozialamt der Evangelischen Kirche in Westfalen und der Landesbeauftragte für die Seelsorge an ZDL, Hans Helmig. Die ZDL traten in dieser Zeit mit einigen spektakulären friedenspolitischen Aktionen an die Öffentlichkeit. Ein Kindermanifest, von Pfarrer Schröter verfaßt, wird von einigen Zivildienstleistenden zum Anlaß genommen, um in den Gemeinden die Problematik der Kinder in der Gesellschaft, besonders ihre Spiel- und Entfaltungsmöglichkeiten zur Sprache zu bringen. Um ein größeres Echo zu erzielen, starteten sie eine Leserbriefaktion in den Dortmunder Tageszeitungen. Abschluß der Aktion und zugleich sichtbares Zeichen ist ein Spielberg in Dortmund-Scharnhorst. Weihnachten 1972 starteten ZDL vom Dortmunder SFD eine Flugblattaktion und eine Leserbriefkampagne gegen die Flächenbombardierung Nordvietnams, initiieren im September 1973 eine Friedenswoche nach niederländischem Vorbild und solidarisieren sich im Dezember 1973 mit Arbeitern und Angestellten gegen die Stilllegung der Zeche Hansa in Do-Huckarde.



### *Die Leitlinien des SFD Dortmund*

1976 wurden die in den Versammlungen gewonnenen Erkenntnisse und die in der praktischen Arbeit und den öffentlichkeitswirksamen Aktionen gewonnenen Erfahrungen zu Leitlinien zusammengefaßt.

Gleich im ersten Punkt wird explizit ausgeführt, worum es im SFD geht: „Der Dienst für den Frieden gehört zu den zentralen Aufgaben der Kirche. Von daher bejahen die Vereinigten Kirchenkreise von Dortmund und Lünen einen sozialen Friedensdienst, der es Kriegsdienstgegnern ermöglicht, überall dort einen Beitrag zu leisten, wo der Friede gefährdet ist und Unfriede herrscht... Bei der Zusammenarbeit zwischen Einsatzstellen und ZDL bietet sich die Chance des gemeinsamen sozialen Lernens.“ Einsatzort ist im Gegensatz zu staatlichen Einsatzstellen ausschließlich der soziale Bereich. Als strukturelle Voraussetzung werden für die ZDL u.a. die fachliche Begleitung, arbeitsbezogene Lehrgänge und Rüstzeug, feste Zeiten für Zusammenkünfte zwecks Reflexion, das Mitspracherecht und für die Einsatzstellenleiter die kontinuierliche Mitarbeit am Modell SFD und die sorgfältige Arbeitsplatzbeschreibung genannt.

### *Erfahrungen und Grenzen*

Die ersten Erfahrungen mit dem Modell SFD waren durchgängig positiv, so daß Pfarrer von Bodelschwingh die Gemeinden auffordern konnte, ebenfalls die Möglichkeit zu nutzen, einen Zivildienstleistenden in der Gemeinde zu beschäftigen. Die positive Aufnahme dieses Ansinnens führte rasch zu einer Ausweitung der Einsatzstellen der VKK. Den Gemeinden waren die neuen Mitarbeiter willkommen, konnten doch mit ihnen bisher vernachlässigte Arbeiten in Angriff genommen werden. In einer der ersten Auswertungen Anfang 1974 heißt es hoffnungsvoll: „Die ersten Erfahrungen haben gezeigt, daß sich diese Arbeit lohnt. Wenn zudem auch von den ZDL diese 16 Monate als sinnvolle und weiterbildende Zeit angesehen werden, ist eine Teilaufgabe des Friedensdienstes erfüllt.“<sup>48</sup> Auch für die Zivildienstleistenden war der SFD attraktiv. Eine Studie, die die Annahme und die Umsetzung der Leitlinien der modellhaften „Sozialen Friedensdienste“ in Dortmund und Gelsenkirchen überprüfen sollte, kam zu dem Schluß, daß der in den Leitlinien der SFD formulierte Anspruch eines sozialen Friedensdienstes, überall dort einen Beitrag zum Frieden zu leisten,

wo Frieden gefährdet ist und Unfrieden herrscht, bei über 90% der Einsatzstellen ausdrücklich geteilt wurde. Die Studie kam zu dem Ergebnis: „Trotz permanenter Veränderungen in der staatlichen Zivildienstpolitik haben sie sich als eigenständige Modelle auf kreiskirchlicher Ebene bewährt.“<sup>49</sup> Aber bei Martin Schröter, einem der Hauptinitiatoren und ehemaligen Vorsitzenden der EAK, stellt sich eine gewisse Ernüchterung ein. Nach drei Jahren SFD muß er feststellen, daß „Gemeinden und Einrichtungen, in denen Kriegsdienstverweigerer Zivildienst ableisten, ... in ihrer Praxis und Zielsetzung des Sozialen Friedensdienstes aufs Ganze gesehen nicht gefolgt (sind).“ Besonders vermißt er eine Öffnung der Gemeinden für das Anliegen des SFD und die Bereitschaft, dort Konflikte in einem gemeinsamen Prozeß mit dem Zivildienstleistenden zu lösen. Seiner Meinung nach ist in den Gemeinden eher eine Tendenz zur „Provinzialisierung und Privatisierung“<sup>410</sup> zu erkennen.

*Michael Nelson*

1. Gerhard Mauz, Bethel statt Kaserne, in: ‚Die Welt‘ Nr. 101 vom 1./2. Mai 1961; ausführlichere Literaturangaben bietet der Beitrag für die erste Auflage von ‚Kirche im Ruhrgebiet‘, Essen 1991, S. 248-258.
2. Hermann Schäufele, Die Anfänge des zivilen Ersatzdienstes in der Bundesrepublik, in: Was uns betrifft. Zeitschrift für KDVLer und ZDLer, hg. von EAK zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern, Bremen Nr. 1/2, 1985, S. 9.
3. Zitiert nach Dokumentarband: Deutscher Evangelischer Kirchentag in Hannover 1967, Stuttgart 1967, S. 181-185.
4. Wenn Christen den Wehrdienst verweigern, Informationen für evangelische Christen. hg. vom EAK, o.O. 1964, S. 18-20.
5. Mülheimer Modell, in: H.Schäufele, (s. Anm. 2), S. 10.
6. Martin Schröter, Sozialer Friedensdienst der Kriegsdienstverweigerer, in: Junge Kirche Nr. 5/6, 1978, S. 338.
6. Protokoll des Ausschusses „Sozialer Friedensdienst“ vom 3.7.1974.
7. Zitiert nach einem Bericht über das Dortmunder Projekt „Sozialer Friedensdienst“, ohne Verfasser, o.J.
8. C. Zeidler, Zivildienst in der Ev. Kirche und dem Diakonischen Werk von Westfalen - Bericht über eine Studie Sozialer Friedensdienst. Münster 1985.
10. Martin Schröter, Theorie und Praxis des „Sozialen Friedensdienstes“ der Kriegsdienstverweigerer (Thesepapier).